permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

ZUR EISENBAHNERWAHL

WORUM GEHT ES ?

"Glück hat halt auf die Dauer nur der Tüchtige." Der sich so 1976 selbst rühmende Hannes Androsch mußte seitdem jedoch ziemlich zurückstecken. Jetzt, 1977, sind schon "Probleme da", die es selbstverständlich zu 'lösen' gilt. Im neuen Budgetentwurf der SPÖ-Regierung beweist er und seine Partei dann tatsächlich, wie 'tüchtig' sie sind. Gerade die Bundesbahner werden das noch mehr als bisher zu spüren bekommen.

Der österreichische Kapitalismus hat sich von der Weltwirtschaft nicht ausnehmen können. Das zeigte sich 1974/75 und noch mehr um die Mitte des heurigen Jahres. Wie primitive Regenmacher hofften die Wirtschaftswissenschaftler 1974/75 auf einen kräftigen internationalen Aufschwung, den es zwar ansatzweise Anfang 1976 gegeben hatte und mit dem auch die österreichischen Unternehmer mitschwammen. Kreiskys und Androsch's Glück zu dieser Zeit bestand also vielmehr in der wirtschaftlichen Wiederbelebung und in den spezifischen Eigenschaften des österreichischen Kapitalismus.

Doch schon Mitte des Vorjahres trieben die Kapitalisten die Welt in eine neue Flaute. Fabriken wurden und werden geschlossen, die Zahl der Arbeitslosen stieg und steigt weiter an. Millionen von Entlassenen - über zehn in den USA und bis Ende des Jahres werden es in allen imperialistischen Ländern wahrscheinlich 16 Mill. sein. Es ist die chaotische Produktionsweise der Kapitalisten, die systematisch den Lebensstandard der Arbeiter in aller Welt untergräbt. Sie bauen die Produktion aus und schränken ein, wann es ihren Profitinteressen paßt - und wenn Unzählige dabei verrecken.
Der österreichische Kapitalismus funktioniert nach keinen anderen Prinzipien. Seine Gesetze sind letztlich ebenso die der Profitrate, die er, falls notwendig, mit steigenden Inflationszahlen und Arbeitslosigkeit verteidigen wird. Die SPÖ ist dabei kein geeignetes Mittel, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung dieser Logik entgegen zu stellen. Genauso wie sie gestern vom Vorrang der Sicherung der Arbeitsplätze gesprochen hatte, bereitet sie heute Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der metallverarbeitenden Industrie vor und plant neuerliche Massenbelastungen.

Die Linie des SP-Maßnahmenpaketes beinhaltet eine verstärkte Lastenverteilung zuungunsten der arbeitenden Massen. Erhöhung der indirekten Steuern ('Luxussteuer'), was immer noch von den Kapitalisten auf die Arbeiter abgewälzt worden ist. Steigende Einnahmen aus der Lohnsteuer bei Abnahme der Besitzsteuern. Die Beiträge zu den Pensionsversicherungen sollen erhöht werden und der Familienausgleichsfond wird ausgeräumt; die Medikamentengebühr von 6,-- auf 15,-- hinaufgesetzt. Auf der anderen Seite wird trotz aller Phrasendrescherei an den Steuerprivilegien der Unternehmer nicht gerüttelt werden. Das Abgabenänderungsgesetz der Regierung stellt dafür keine ernstzunehmende Belastung dar. Vor allem die Großkapitalisten weichen dann halt auf bisher noch nicht ausgeschöpfte Steuererleichterungen aus. Sie werden es sich weiter richten können.

Zur gleichen Zeit erschallt der Ruf nach Abbau der 'Privilegien'. Seltsamerweise geschieht dies just aus dem Munde jener, die die meisten Vorrechte genießen: von den Unternehmern, deren ÖVP und der Sozialdemokratie. So kann es nicht wundern, wessen'Privilegien' hier unterhöhlt werden sollen - die der arbeitenden Massen und hiebei die der Bundesbahner. Die Politik der SPÖ bietet dazu ein anschauliches Bild. Während das Bundesheerbudget überdurchschnittlich aufgestockt wird, sparen die Damen und Herren 'Volksvertreter' im Gesundheitswesen und im produktiven öffentlichen Dienst. Für Krankenhäuser wird um den Inflationsbetrag weniger investiert werden als im Vorjahr und die Bundesbahnen erfahren darüber hinaus noch eine Kürzung um 206 Mill. Schilling. Daß dies nicht die weichgepolsterten Stühle in der ÖBB-Direktion treffen wird, ist gewiß.

Den Kurs haben sie bereits freigegeben. 2,8 Mrd. Schilling fehlen für Investitionen - sparen müsse man nun - bei den Löhnen, in den Werkstätten und in der Verwaltung, bei den Nebenbahnen, im Personenverkehr usw. Und 'zufällig' schleichen sich in solche Parolen die Berichte von Verhandlungen zwischen den ÖBB und der Regierung ein, deren Thema die Außenfinanzierung der Bundesbahnen sind. "Anfang kommenden Jahres sollen die Salinen, die Postsparkasse und der Bundesverlag aus dem Staatshaushalt ausgegliedert werden. Bahn und Post werden später folgen." heißt es noch zweideutig. Sie sollen sich ihr Geld von außen, das heißt auf dem privaten Kapitalmarkt holen, was schließlich nur bedeuten kann, den Einfluß der Privatwirtschaft zu vergrößern. Worauf das hinzielt muß klar sein: Alle Hindernisse bei Entlassungen in einem staatlichen Betrieb,die ohnehin wackelig sind, jede Errungenschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst würde bedroht sein. Das privatkapitalistische Chaos feiert dann endgültig fröhlichen Einzug.

"SO LANGE DIE SOZIALISTEN IN ÖSTERREICH REGIEREN, KÖNNEN DIE EISENBAHNER SICHER SEIN, DASS IHRE RECHTE NICHT ANGETASTET WERDEN." So sagte es Bruno Kreisky klipp und klar den Eisenbahnern. Beruhigend nicht wahr? Wäre da nicht so einiges, was uns Sorgen bereiten würde!

So wurde am 24.Juni 1977 ein Gehaltsabkommen abgeschlossen, das den Eisenbahnern eine Gehaltserhöhung um 8% brachte - bei gleichzeitiger Erhöhung der Pensionsbeiträge um 40% (von 5% auf 7% des Gehaltes). Es wird versucht, diese Gehaltserhöhung, die einen Reallohnverlust bedeutet, als einen Erfolg zu verkaufen. Dies noch dazu angesichts der Tatsache , daß die Abrechnung der Wertsicherung für den Zeitraum Oktober 1974 bis Dezember 1975 von der Regierung und den Gewerkschaften nicht durchgeführt wurde, obwohl sie aufgrund des Gehaltsabkommen von 1971 zustünde und das letzte Abkommen, das am 1.Juli 1976 in Kraft trat, mit einer Erhöhung von 1,5% ab 1.Jänner 1977 bei 7,5% Teuerung die Eisenbahner schlechthin verhöhnte.

MAN SPRACH GROSSPURIG VON ANPASSUNG AN DIE INDUSTRIELÖHNE! STATTDESSEN WIRD DER LEBENSSTANDARD DER EISENBAHNER SYSTEMATISCH ANGEGRIFFEN UND HERUNTERGEDRÜCKT!

Doch damit nicht genug.Arbeitshetze, Angst um den Arbeitsplatz, Bespitzelungsatmosphäre, all dies droht auf den Eisenbahner zuzusteuern. So sollen bis 1985 rund 15.000 Eisenbahner 'eingespart' werden. In den letzten Jahren sind bereits 4.084 Dienstposten eingespart worden. Heute sind davon ungefähr 1.500 Zugsbegleiter, 100 Obermeister im Verschub und die Schaffner durch Postenstreichungen betroffen und es stellt sich bereits die Frage, ob alle Lehrlinge, haben sie ausgelernt, schnell und reibungslos einen Posten finden werden, oder die Eisenbahner hier mit systematischer Entlassung konfrontiert werden. Bis jetzt wurden diese Rationalisierungsmaßnahmen mittels Umschulung, Stellenplanänderung und ähnlichem, verbunden mit Aufnahmestopp durchgeführt.

DA SCHWAFELT MAN DANN GROSS VON HUMANISIERUNG DES ARBEITSPLATZES UND SCHWEIGT SICH AUS ZUR POSTENEINSPARUNG UND ZUR RATIONALISIERUNG!

Und damit auch die Bediensteten schweigen und, falls sie sich nicht daran halten, bestraft werden können, gibt es das Dienstrecht und die Dienststrafordnung. Da heißt es z.B. im § 18 der ÖBB-Dienstordnung:
"Agitationen, welche die Disziplin zu lockern geeignet sind, Verhetzungen des Personals, Schmähungen der Vorgesetzten oder der vorgesetzten Behörden, mögen diese Handlungen in welcher Art auch immer erfolgen, sowie die Teilnahme an solchen Handlungen sind streng untersagt ..."

Wie steht es nun mit diesem Flugblatt? Ist es geeignet die Disziplin zu lockern? Ist es streng untersagt? **Wer bestimmt das?**

Unserer Meinung nach ist dies schlichtweg ein Maulkorbparagraph, der vorbereitend auf eine etwaige Unruhe und Kampfbereitschaft der Belegschaft wirken soll! Ist die Dienstordnung die 'Anleitung zum Leben eines Eisenbahners', so zeigt die Dienststrafordnung die Konsequenzen, die man tragen muß, wenn man dagegen verstößt. Gleiches kennt man nur beim Bundesheer. Viel darüber zu schreiben ist nicht notwendig - fast jeder ist schon einmal mit der Dienststrafordnung in Konflikt gekommen: Disziplinarverfahren und Rügen, Zurückversetzung von einer Lohngruppe in eine niedrigere, Verzögerung der Anstellung oder sofortige Entlassung.

Am 29./30.November sollen die Personalvertreter gewählt werden. Sie unterliegen einer Schweigepflicht gegenüber den Kollegen und auch nach außen hin. Die Personalvertreter werden nicht auf die Interessen ihrer Kollegen verpflichtet, nein, auf die Interessen des Dienstbetriebes! Besser kann man sich nicht mehr entlarven, besser kann man nicht die Verbandelung der Gewerkschaften mit den Unternehmern,mit dem Staat aufzeigen!
Ja, die da oben in den feinen Büros, die halten schützend die Hand über die Arbeiter und Angestellten im ÖBB-Dienst. Sie sollen nicht auf 'Irrwege' geraten, sie sollen nicht auf die Idee kommen für ihre Interessen zu kämpfen!

WAS SAGEN DIE FRAKTIONEN DAZU?

Bei den letzten Wahlen hat die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter 83% der Stimmen bekommen. Mit dieser enormen Mehrheit hinter sich ging sie daran, all die schwerwiegenden Maßnahmen zuungunsten der Eisenbahner durchzuführen und den anstehenden Unmut mit Reformen, die nichts kosten, aufzufangen. Die FSG ist verantwortlich für die Rationalisierungen und für die Reallohnverluste und kündigt auch jetzt wieder eine "solidarische Lohn- und Gehaltspolitik" an. Solidarisch wohl mit 'Vater Staat', mit dem Unternehmertum. Die FSG kettet das Los der Bediensteten an das des Unternehmer Staates. "Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung", das soll heißen, den 'Gürtel enger schnallen', um die'Wirtschaft wieder auf Trab zu bringen'.

Die Bundesbahnen erfahren die Kürzung des Budgets um 206 Mill. Schilling. Im Parlament wird auf Betreiben der Sozialdemokraten hin diskutiert, ob man die ÖBB nicht überhaupt aus dem Budget herausnehmen soll. Alles Schritte, die die ÖBB zwingt, auch wenn sie unter Obhut des Staates bleibt, nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten zu wirtschaften. Das bedeutet für die Eisenbahner, wird es zur Realität, Bedrohung der Errungenschaften der Bediensteten, weiterer Lohnraub und weitere schärfere Rationalisierung. Die FSG: "Wenn die Finanzierung nicht über das Budget durchgeführt werden kann, dann muß man eben andere Lösungen suchen". "Diese (die ÖBB) sind ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen, und die offenen Fragen der Investitionsfinanzierung können auch im Rahmen der gegenwärtigen Rechtsform gelöst werden." Die FSG überträgt gekonnt die Politik der SP-Regierung auf die Gewerkschaftsebene. "Man muß eine andere Lösung suchen". Aber doch wohl innerhalb dieses Systems - eine privatkapitalistische, bei Beibehaltung der"gegenwärtigen Rechtsform". Hier nützen auch keine Erklärungen mehr,in die man alles mögliche hineininterpretieren kann; die SP-Fraktion arbeitet klar und eindeutig mit der Betriebsführung gegen die Interessen der Bediensteten zusammen.

Deshalb auch kein Wort gegen die Dienstordnung und zur Dienststrafordnung und zur Schweigepflicht. Jeder Bedienstete kennt die herrische Art der FSG-Bürokraten, die im Namen der Bediensteten reden, ohne sie überhaupt anzuhören. Die FSG macht die Geschäfte der Betriebsführung und diese sind klar gegen die Interessen der Eisenbahner gerichtet.
Von der SP-Fraktion hat der Eisenbahner nichts Positives zu erwarten!

KEINE STIMME DER FSG!

"Es gibt nun eine Alternative zur Politik von Reallohnverlust, Einsparung und Belastung und die zeigt der'Linksblock' in seinem Forderungsprogramm."
Diese 'allheilende' Alternative,die der'Gewerkschaftliche Linksblock' anzubieten hat, heißt "Erhöhung der Massenkaufkraft" - das Um und Auf ihrer Krisenbekämpfung. Diese "Erhöhung der Massenkaufkraft", soll der"Wirtschaft neue Impulse" geben und die Arbeitsplätze sichern.

Doch das Rezept, das der GLB hier angibt, taugt nichts. Der Linksblock kämpft für Erhöhung der Massenkaufkraft, kann aber absolut keine Perspektive aufzeigen, das Problem der Inflation, des Lohnraubes grundlegend zu lösen. Aber er hat ja auch gar nicht die Absicht, ist doch sein Bestreben, der kapitalistischen 'Wirtschaft neue Impulse' geben zu können. Und hier kommt er dann zwangsläufig in das Fahrwasser der FSG. Für ihn existieren die kapitalistischen Widersprüche nicht. Als gäbe es keine Unternehmer, die Löhne und Gehälter abbauen, Arbeiter und Angestellte entlassen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Freilich wünscht jeder Kapitalist größere Massenkaufkraft - doch als letzter würde er selbst den von ihm ausgebeuteten Arbeitern höhere Löhne ausbezahlen. Es ist keine dumme Bourgeoisie, die die Massenkaufkraft senkt. Es ist die kapitalistische Produktionsweise,die die Arbeiter zwingt, gegen die Nutznießer dieser Gesellschaft, ihren Lebensstandard zu verteidigen. Und nur deswegen - und nicht, um die kapitalistische Wirtschaft wieder anzukurbeln.

In diesem Zusammenhang ist es auch klar, daß sich der GLB um Antworten auf die Rationalisierung mit vagen Formulierungen, die hinauslaufen auf "Rationalisierung durch Technisierung" zu sein, herumdrückt. Der Linksblock schweigt auch beharrlich zum Aufnahmestopp! So zeigt er sich dann als das gute 'linke' Gewissen der FSG, das sich zur Aufgabe gemacht hat, die FSG darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich doch an ihre eigenen Beschlüsse und Forderungen halten solle. Möglich wird das durch die grundsätzliche Übereinstimmung der beiden Fraktionen, gestritten wird lediglich über die Mittel,die anzuwenden sind!
Von Dienststrafordnung, Schweigepflicht usw. - auch beim Linksblock keine Rede. Dafür aber ist die Rede von Demokratisierung der Gewerkschaften, in dem unter anderem Mitbestimmung und Unabhängigkeit von Regierungsinteressen gefordert wird.

Was solls! Die Arbeiterklasse soll in einer Organisation, die ihre Interessen wahrnehmen soll, 'mitbestimmen'. Es ist Tatsache, daß der ÖGB die Interessen der Werktätigen schon lange nicht mehr vertritt, daß im ÖGB die Arbeiter hinuntergedrückt worden sind zum Stimmvieh und sich die Gewerkschaftsbürokratie auf Kosten der Arbeiter zum Nutzen der Unternehmer die Macht angeeignet hat. Klar ist, daß man dagegen ankämpfen muß- wenn die Bürokratie jede Opposition zu ersticken versucht; die Benyas noch vor jedweder Diskussion - selbst in den höheren ÖGB-Gremien - 'Meinungen'des ÖGB vertreten oder in den Gewerkschaftszeitungen nur der Clan der Funktionäre zu Wort kommt. Hier gilt es nicht 'mitzubestimmen', sondern sich gegen die Unterdrückung und Bevormundung durchzusetzen. Die Arbeiter und Angestellten müßen den ÖGB kontrollieren und frei ihre Vertreter wählen können. Diese Delegierten sollen rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar sein. Wir sind für die uneingeschränkte Gewerkschaftsdemokratie, wir sind für eine Gewerkschaft des Klassenkampfes und solch eine Gewerkschaft kann nur gegen die Sozialpartnerschaft-und Mitbestimmungsbürokratie erkämpft werden!
Genau dasselbe bei der Forderung nach Unabhängigkeit von Regierungsinteressen. Wir stellen dieser Forderung die der nach der Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staat entgegen, egal wer gerade im Parlament den Ton angibt.

Der Linksblock, die Alternative nach eigenen Aussagen, erscheint als nicht mehr als eine radikale FSG.

DAHER: KEINE STIMME FÜR DEN GLB!

Zu diesen Personalvertretungswahlen versuchte auch die 'Liste Aktionsprogramm' zu kandidieren, konnte aber nicht die für eine Kandidatur notwendigen 100 Unterschriften zusammenbringen. Hierbei wurde von der Verwaltung mit Drohungen und Verleumdungen gearbeitet. So wurde über den Listenführer verbreitet, daß er ein "ellenlanges Vorstrafenregister" habe und früher sogar für den ÖAAB kandidiert haben soll. Es wurde weiters mit Disziplinarverfahren und Versetzungen gedroht

und ein Verschieber (ein Kandidat der 'Liste Aktionsprogramm'), von der 3a Reserve zur 4a Reserve zum Dienst eingeteilt - was eindeutig als repressive Maßnahme zu verstehen ist. All dies sollte als Vorwarnung für die Eisenbahner gelten. Heute die von der 'Liste Aktionsprogramm', morgen weitere Bedienstete, die bereit sind zu kämpfen. Wir stehen in dieser Auseinandersetzung klar auf Seiten der 'Liste Aktionsprogramm', da es legitimes Recht jeder politischen Strömung innerhalb der Arbeiterklasse ist, ihre Positionen frei und ungehindert zu verbreiten!

Doch zum Aktionsprogramm selbst!
Mitihren 5 Forderungen zeigt die Liste korrekt all die Probleme auf, mit denen der Eisenbahner konfrontiert wird (siehe Kasten). Sie geht aber über das Aufzeigen der Probleme nicht hinaus und bietet keine Lösungsvorschläge an. Sie ruft auf zum Kampf, zeigt richtig auf, wogegen aber nicht wofür.
Trotzdem rufen wir dazu auf, diese Liste kritisch zu unterstützen und ungültig zu stimmen, indem auf den Stimmzettel 'Liste Aktionsprogramm' geschrieben wird.

Diese Stimme soll ein Zeichen sein, nicht mehr länger mitspielen zu wollen, soll eine Stimme der kritischen Unterstützung und des Kampfes der Arbeiter sein.

Wir, die Internationale Kommunistische Liga (IKL) werden versuchen mit der 'Liste Aktionsprogramm' zusammenzuarbeiten und sie mit unseren politischen Aussagen zu konfrontieren.
Wir behaupten, daß grundsätzlich den Arbeitern und Angestellten, den Eisenbahnern niemand den Kampf um ihre Interessen abnehmen kann. Erfolgreich kann die Auflehnung gegen die herrschenden Zustände nur dann sein, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, dagegen anzugehen und man für die richtigen Losungen kämpft. Wir unterstützen die Losungen der 'Liste Aktionsprogramm', um gleichzeitig zu sagen: "Der Kampf auf diese Losungen beschränkt ist eine Bestandsaufnahme, nicht fähig eine Alternative zu weisen."
Wir sind gegen Rationalisierungen, Einsparungen, gegen den Aufnahmestop und halten dem die "Aufteilung der Arbeit auf alle Hände" entgegen. Das kann eine kürzere Arbeitszeit bedeuten - aber bei gleichbleibendem Gehalt. Und hier sehen wir, daß man die Arbeitsplatzfrage parallel mit der Lohnfrage behandeln muß! Gegen den Lohnraub - die gleitende Skala der Löhne: automatische Erhöhung der Gehälter, mindestens in dem Ausmaß der Inflationsrate! Die Betriebsführung und der Unternehmer Staat werden nicht bereit sein den Eisenbahnern diese Forderungen freiwillig zuzugestehen. Ist doch ihr Bemühen gerade um 180 Grad entgegengesetzt, forcieren sie doch den Lohnraub und die Rationalisierungsmaßnahmen, um die kapitalistische Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu 'lösen'. Wir haben es oben gesagt, daß keiner den Werktätigen den Kampf abnehmen kann. Darum Mobilisierung der Eisenbahner um diese Forderungen, Schaffung von Arbeiterkomitees, die die Eckpfeiler des Kampfes werden müssen und dazu übergehen, vorbereitende Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Forderungen - zur Arbeiterkontrolle - zu treffen. Deshalb unerbittlicher Kampf um die Gewerkschaften, als Organe des Klassenkampfes. Für uneingeschränkte Gewerkschaftsdemokratie und Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat!

Die Lösung liegt allein in den Händen der Eisenbahner. Die Losungen aufzugreifen und für sie zu kämpfen wird lediglich heute eine kleine Minderheit bereit sein. Man wird darauf verweisen, daß doch alles Utopie sei. Aber warum erscheint es als Utopie? Weil wir wenige sind und weil man eben sagt, es sei nicht durchzuführen.

Da ist schon was Wahres dran, denn mit einer resignierten Stimmung kann man diese Losungen, den Kampf gegen das Profitsystem, wirklich nicht führen. Die Grundlage all unserer Forderungen ist der Kampf der Arbeiterschaft. Und weil wir eben wissen, daß die Werktätigen gezwungen werden zu kämpfen, sich zur Wehr zu setzen, gegen Lohnraub und Rationalisierungen, konfrontieren wir Euch mit diesen Forderungen und rufen Euch auf am 29./30. November eine Stimme der Kampfbereitschaft, eine Stimme gegen das Ausbeutersystem abzugeben.

WÄHLT UNGÜLTIG UND SCHREIBT AUF DIE STIMMZETTEL 'LISTE AKTIONSPROGRAMM'!

Forderungen der LISTE AKTIONSPROGRAMM

1. Gegen die Rationalisierungen und Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner

   - Keine Kürzung der Dienstposten!
   - Rücknahme aller Posteneinsparungen, die auf Kosten der Kollegen erfolgt sind!
   - Weg mit dem Aufnahmestop!

2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitszeitregelung und der Arbeitsbedingungen

   - Strikte Einhaltung der 40-Stunden-Woche!
   - Herabsetzung der täglichen Normalarbeitszeit auf 8 Stunden!
   - Keine Aufhebung der Verschubruhe!

   Für die Lokführer:
   - Verkürzung der durchschnittlichen Tagesarbeitszeit von 5,5 Stunden auf 5,0 Stunden und der Höchstarbeitszeit von 16 Stunden auf 12 Stunden, unter voller Einrechnung aller Wendezeiten, Dienstbereitschaften und Fahrgastfahrten.

3. Weg mit der Dienststrafordnung!

   - Keine Dienststrafen!
   - Keine Ordnungsstrafen!
   - Keine Suspensionen!

4. Gehaltsverhandlungen:

   - Ausreichender Mindestbetrag.
   - Keine längere Laufzeit als 1 Jahr!
   - Kein Stillhalteabkommen!

5. Die Personalvertreter müssen den Kollegen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein - und niemand anderem!

   - Weg mit jeder Schweigepflicht!
   - Weg mit jeder Verpflichtung der Personalvertreter auf den Dienstbetrieb!

INTERESSENTEN TREFFEN UNS : AM 25.11.1977
IM BAHNHOFSRESTAURANT
PRATERSTERN/WIEN NORD
UM 17. UHR

UNSERE TELEPHONNUMMER : DI/ MI / DO / FR 24-20-504
VON 16 BIS 18 UHR

UNSERE ANSCHRIFT : IKL
POSTFACH 1454
1010 WIEN

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter,Klimschg.18/6,1030 Wien.